

Ergebnisprotokoll

der Sitzung der **AG Menschen mit Behinderungen** in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe am **30.09.2022**, 13.30 – 15.30 Uhr.

Top 1 Protokoll der letzten Sitzung und Ergebnisse vorausgegangener Themen

Das Protokoll der letzten Sitzung der AG Menschen mit Behinderungen in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe am 07.10.2021 wird durch die Anwesenden einstimmig angenommen.

Top 2 Aktuelle Viertelstunde

Die AG setzt das Thema InklusionsTaxi als eigenen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Die AG soll in diesem Rahmen darüber informiert werden, inwiefern das neue Modul des Berliner Förderprogramms Wirtschaftsnaher Elektromobilität (WELMO), dessen Start für Ende 2022 geplant ist, barrierefreie Taxen umfasst.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise befasst sich die AG mit dem Thema Stromausfälle und Energieknappheit. Es wird festgestellt, dass bereits punktuelle Stromausfälle eine erhebliche Gefahr für Menschen mit Behinderungen darstellen können. Es besteht eine Notwendigkeit darin, dass die Berliner Rettungsdienste und Verwaltungen über die Anliegen von und die Gefahren für Menschen mit Behinderungen im Falle eines Stromausfalls informiert sein müssen, um entsprechend Hilfe leisten zu können. Beispiele für eine besondere Betroffenheit von Menschen mit Behinderungen im Falle von Stromausfällen sind die Abhängigkeiten von elektrischen Mobilitätshilfen oder Beatmungsgeräten.

Top 3 Ausblick auf die Vorhaben der SenWiEnBe in der laufenden Legislaturperiode

Die Vorhaben des Hauses für die nächsten Jahre werden vorgestellt. Trotz einer Verschiebung in den Priorisierungen vor dem Hintergrund der Folgen des Kriegs in der Ukraine, setzt die Senatsverwaltung ihre für die nächsten Jahre geplanten Vorhaben konsequent um. Die Vorhaben für die laufende Legislaturperiode werden anhand einer Auswahl der Vorhaben der SenWiEnBe in den Querschnittsthemen Digitalisierung, Förderpolitik, Mobilitätswende und Nachhaltigkeit dargestellt. Die Anwesenden haben die Möglichkeit, diese zu diskutieren und Fragen zu stellen.

Digitalisierung: Das bestehende Förderprogramm Digitalprämie Berlin soll fortgeführt und weiterentwickelt werden. Die Digitalprämie ermöglicht es Unternehmen, stärker in digitale Technologien zu investieren, die IT-Sicherheit zu verbessern oder Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln. Auch die Gigabitstrategie des Landes Berlin, die den Ausbau der Digitalen Infrastrukturen in Berlin beschleunigen soll, wird fortgeführt.

Die AG stimmt darin überein, das Thema Digitalprämie mit Hinblick auf Barrierefreiheit als eigenen Tagesordnungspunkt auf einer der kommenden Sitzungen zu behandeln. Es wird festgestellt, dass Barrierefreiheit in der Berliner Verwaltung in vielen Projekten und Programmen bislang noch nicht genügend berücksichtigt wird und mehr Aufmerksamkeit erfahren soll.

Förderpolitik: Durch die Weiterentwicklung der Berliner Startup-Agenda werden bestehende und neue Ziele in der Startup-Förderung formuliert, wie beispielsweise Diversität, eine Stärkung von Nachhaltigkeitsaspekten oder ein Fokus auf Talentförderung. Die elf Berliner Zukunftsorte sollen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Weiterhin sollen neue Gewerbehöfe erprobt werden. Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu Finanzierungen und Förderung sollen abgebaut werden. In Berlin entwickelte Ideen und Produkte sollen in Berlin erprobt und zur Anwendung gebracht werden. Hierzu sollen wirtschaftsorientierte Reallabore gezielt gefördert werden. Mit dem Neustartprogramm Berliner InvestitionsBonus sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden, die Teil der durch die Pandemie besonders geschwächten Branchen sind (Einzelhandel, Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen, Veranstaltungswirtschaft, Kultur- und Kreativwirtschaft).

Die AG stimmt darin überein, dass durch das Land geförderte Gewerbehöfe mit Blick auf Barrierefreiheit eine Vorbildfunktion für das gesamte Berliner Gewerbe haben müssen. Das Thema soll auf einer der nächsten Sitzungen der AG als eigener Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Im Zusammenhang mit dem Thema Gründungen wird auf die Berliner Integrationsfachdienste und insbesondere auf das Projekt [enterability](#) aufmerksam gemacht. Die Integrationsfachdienste und das Projekt unterstützen Menschen mit Behinderungen beim Aufbau beruflicher Selbstständigkeit.

Es wird vorgeschlagen, das Thema Barrierefreiheit in der Kreativwirtschaft auf einer gesonderten gemeinsamen Sitzung der AG mit der AG Menschen mit Behinderungen der Senatsverwaltung für Kultur und Europa zu vertiefen.

Mobilitätswende: Durch die Entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Errichtung von Ladeinfrastruktur soll die Elektromobilität in Berlin gestärkt werden.

Die AG stellt fest, dass die Anliegen von Menschen mit Behinderungen bei der Errichtung von Ladeinfrastruktur mitgedacht werden müssen. Beispiele hierfür sind Behindertenparkplätze mit Anschluss an Ladesäulen, aber auch die Möglichkeit an Ladesäulen zusätzlich zu Elektroautos auch Elektrorollstühle laden zu können. Es wird vereinbart, das Thema auf einer der kommenden Sitzungen als eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Nachhaltigkeit: Das Aktionsprogramm Handwerk wird fortgesetzt. Wie in den letzten Jahren wurden erneut gemeinsam mit der Berliner Handwerkskammer Maßnahmen identifiziert, die zwischen Politik und Handwerk vereinbart und bis 2023 umgesetzt werden sollen. Der Fokus der Maßnahmen liegt unter anderem auf Digitalisierung, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und der Gewinnung von Nachwuchskräften. Der Masterplan Industrie wird weiterentwickelt. Schwerpunkte sind die digitale und die ökologische Transformation der Industrie und die Transformation der industriellen Arbeitswelt. Mit dem Masterplan Solar City wird der Ausbau von Solarenergie in Berlin vorangetrieben, um eine klimagerechte und resiliente Energieversorgung sicherzustellen. Durch die Einrichtung des branchenspezifischen Fonds Ökologischer Tourismus sollen Hotels, Restaurants und touristische Einrichtungen dabei unterstützt werden, ihren Ressourcenverbrauch zu senken, ihre Energieeffizienz zu steigern und ihre Barrierefreiheit zu verbessern.

Top 4 Umsetzung des Landesgleichberechtigungsgesetzes durch die SenWiEnBe

Die durch SenWiEnBe durchgeführten Schritte zur Umsetzung des Landesgleichberechtigungsgesetzes 2021 werden vorgestellt. Hierzu zählt die Einrichtung der Koordinierungsstelle der SenWiEnBe. Diese ist bei der Leitung des Referats II A Grundsatzangelegenheiten der Wirtschaftspolitik angesiedelt. Die Koordinierungsstelle ist im Hause bekannt gemacht worden und hat einen [Internetauftritt](#) erhalten.

Auf dieser Seite sollen zukünftig die Protokolle der AG veröffentlicht werden.

Das Landesgleichberechtigungsgesetz erfordert von der AG, dass sich diese eine Geschäftsordnung gibt (TOP 5). Die Artikel des Gesetzes, die sich auf (digitale) Barrierefreiheit beziehen, sind an die Zentralabteilung der SenWiEnBe herangetragen worden. Eine zukünftige Teilnahme der Hausleitung an den Sitzungen ist geplant. Es ist eine Beibehaltung des zweimal jährlichen Sitzungs-Rhythmus geplant. Sondersitzungen sind möglich.

Die AG stellt fest, dass eine Veröffentlichung von detaillierten Protokollen der AG auf der Website überdacht werden muss, da nicht alle in der AG besprochenen Informationen für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Datenschutzrechtliche Aspekte müssen bei einer Veröffentlichung der Protokolle zwingend mitgedacht werden.

Der SenWiEnBe wird vorgeschlagen, zu Fragen der Barrierefreiheit des Gebäudes einen externen Experten zur Begutachtung des Gebäudes zu Rate zu ziehen. Möglicherweise gibt es hier Handlungsbedarf bezüglich der Barrierefreiheit für Menschen mit Sehbehinderungen, bspw. fehlende Orientierungshilfen in der Eingangshalle.

Top 5 Beschluss der Geschäftsordnung der AG MmB in der SenWiEnBe

Aufgrund der geringen Anwesenheitszahl beschließen die Anwesenden, den TOP auf der nächsten Sitzung der AG erneut aufzurufen und den Beschluss einer Geschäftsordnung damit zu verschieben.

Die AG stimmt darin überein, mit dem Beschluss einer Geschäftsordnung abzuwarten bis eine neue mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen abgestimmte Mustergeschäftsordnung vorliegt.

Top 6 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der AG ist für das erste Quartal 2023 geplant.

Weißert

(Sitzungsleitung)

Kaltwang

(Protokoll)